

Zur Programmatik der „Alternative für Deutschland“ (I)

Reichenförderung anstatt Armutsbekämpfung

In unserer medienüberfluteten Kultur gilt der Grundsatz: „*No news are bad news!*“. Auf der Klaviatur des Erregungsjournalismus gelingt es der AfD virtuos, die öffentliche Debatte zum Tanzen zu bringen. Beatrix von Storchs Einlassung, dass es nötig sei, an der deutschen Grenze gegenüber asylsuchenden Frauen und Kindern von der Schusswaffe Gebrauch zu machen, war keineswegs ein Ausrutscher auf der Computermaus, sondern eine taktisch bewusst gesetzte Provokation. In der fast pflichtschuldig folgenden Welle der moralischen Empörung ging weitgehend unter, dass immerhin 29% der deutschen Bevölkerung den 'Ausrutscher' von Storchs durchaus für praktikabel halten (1). Das wirft ein Schlaglicht auf den krassen Mangel an Empathie und Humanität in der Mentalitätsstruktur eines erheblichen Teils der sich zivilisatorisch überlegen dünkenden bundesdeutschen Bevölkerung. Doch anstatt seriöse Studien über die „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ (Prof. Heitmeyer), die in diesen Orientierungen zum Ausdruck kommt, zu einem medialen Schwerpunkt zu machen und qualifiziert über Gegenstrategien zu debattieren, wird AfD-PropagandistInnen wieder und wieder eine Talkshow- Bühne zur Verfügung gestellt. Und die herrschende Politik meldet sich mit Überlegungen zu Wort, ob man die AfD vielleicht vom Verfassungsschutz überwachen sollte. Ausgerechnet der Verfassungsschutz...

Weder eine auf Einschaltquoten schielende Medienstrategie, die der AfD einen Resonanzraum nach dem Reiz-Reaktions-Schema einräumt, noch die Oberflächlichkeit in der Charakterisierung der AfD als „rechtspopulistisch“ oder „national-konservativ“ oder „NPD-light“ etc. pp. hilft aktuell weiter. Eine deutlich intensivere Auseinandersetzung mit der **gesamten** Programmatik der AfD sowie der in dieser Partei dominaten Strömungen ist überfällig. Doch „darauf sind die anderen Parteien schlecht vorbereitet“ (2). Man möchte hinzufügen: und die große Mehrheit der Talkshow- Gäste und Zeitungskommentatoren ebenfalls.

Der Soziologe Andreas Kemper, einer der profundesten Kritiker der AfD, identifiziert in der Partei aktuell drei wesentliche Strömungen:

- 1) Ein marktradikaler Flügel, von Prof. Andreas Zick auch als „marktförmiger Extremismus“ charakterisiert,
- 2) ein anti-säkularer Flügel, der im Sinne einer Re-Christianisierung u.a. zu einer Geschlechterpolitik der 50er Jahre zurück will,
- 3) ein neurechter bzw. neofaschistischer Flügel, der insbesondere durch die Auftritte des thüringischen Parteiführers Björn Höcke mediale Aufmerksamkeit erfahren hat.

Allen drei Flügeln gemeinsam ist das Prinzip der Ungleichheit, und das bezieht sich keineswegs nur auf die Unterscheidung „Deutsches Volk“ versus „Fremde“, sondern durchaus auch auf die soziale Architektur der bundesdeutschen Gesellschaft. Um es konkreter zu sagen: die AfD tritt in ihrer Programmatik für eine weitere massive soziale Spaltung der Bevölkerung und eine Privilegierung der Besserverdienenden und Superreichen ein !

Reichenförderung anstatt Armutsbekämpfung

Nach einer kürzlich veröffentlichten, allerdings mangelhaften Studie des Bundesarbeitsministeriums besitzen die reichsten 10% der Bundesdeutschen ca. 52% des gesamten gesellschaftlichen Reichtums (3). Andere Schätzungen gehen sogar von einem Anteil von Zweidrittel bis Dreiviertel des Gesamtvermögens aus (4). Doch das reicht der AfD nicht ! Denn sie propagieren unter dem populistischen Deckmantel der radikalen „Steuervereinfachung“ die Einführung der sog.

Kirchhofsteuer, benannt nach dem Ex- Verfassungsrichter und ehemaligen Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Bank und des Allianz-Konzerns, Paul Kirchhof. Kirchhofs Steuerreform sieht im Wesentlichen vor : „ Alle Einkommensarten sollen nach dem gleichen Tarif versteuert werden – egal ob Löhne, Unternehmensgewinne oder Kapitalerträge. ...Im Gegenzug würden sämtliche Ausnahmen und Privilegien gestrichen“ (5). Der Höchststeuersatz soll bei diesem Modell von aktuell 42% bzw. 45% auf 25% gesenkt werden.

Der Volkswirtschaftler Prof. Hickel von der Uni Bremen hat errechnet, dass es bei einer Einführung des Kirchhof-Modells Steuerausfälle von 42 Mrd. Euro im ersten Jahr und bis zu 20 Mrd. Euro in den Folgejahren geben würde. Gleichzeitig würden Einkommensmillionäre ca. 160.000 Euro pro Jahr weniger Steuern zu zahlen haben ! Doch damit nicht genug: für NormalverdienerInnen würde die Abschaffung der niedrigeren Besteuerung der Nacht-, Sonn- und Feiertagszuschläge sowie die Streichung der Entfernungspauschale eine nicht unerhebliche Steuererhöhung bedeuten (6).

Der Vorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, Thomas Eigenthaler, hält die Kirchhof-Pläne deshalb für „absolut unbezahlbar und zutiefst ungerecht“ (7).

Auch in anderen steuerpolitischen Fragen tritt die AfD radikal für die materiellen Interessen der gesellschaftlichen Oberschicht ein. So z.B. bei der Diskussion um die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die in anderen Industrienationen eine Selbstverständlichkeit ist und die u.a. auch vom DGB gefordert wird. 1996 wurde letztmalig in Deutschland eine Vermögenssteuer erhoben, die damals (umgerechnet) ca. 4,5 Mrd. Euro in die Staatskasse fließen ließ . Nachdem das Bundesverfassungsgericht die Berechnungsgrundlage moniert hatte, wurde ab 1997, anstatt den BVG-Vorgaben zu folgen, von den verschiedenen Regierungskoalitionen diese Steuer einfach ausgesetzt. Eine Folge davon war, dass die verbliebenen vermögensbezogenen Steuern (v.a. Grundsteuer und Erbschaftssteuer) in Deutschland im OECD-Vergleich stark unterdurchschnittlich sind; sie betragen nur knapp die Hälfte des Durchschnitts der wichtigsten Industrieländer (8). Die AfD als Lobbypartei der Besserverdienenden tritt dafür ein, dass sehr hohes Vermögen in Deutschland weiterhin nicht besteuert wird.

Auf derselben Linie liegt die Haltung der AfD- Führungsgremien zur Reform der Erbschaftsteuer. Bis Juni 2016 ist die Bundesregierung aufgrund von BVG-Vorgaben gefordert, hierzu ein neues Gesetz zu beschließen. Von Alice Weidel, Mitglied im Bundesvorstand und der Programmkommission der AfD, wurde kürzlich propagiert, „ diese historische Chance zu nutzen und im Sinne unserer Gesellschaft und des Wirtschaftsstandortes Deutschland zu handeln und die Erbschaftssteuer abzuschaffen.“ (9). Das würde bedeuten, die ca. 250 Mrd. Euro, die jedes Jahr in Deutschland vererbt werden, gänzlich steuerfrei zu stellen. Verlust für die Staatskasse: ca. 4,2 Mrd. Euro (2013).

Wohlstand für alle ?

In ihrem um die Jahreswende in Niedersachsen z.T auch als Hauswurfsendung verteilten Flyer mit dem Titel: „Zeit, die Karten auf den Tisch zu legen“, operiert die AfD mit Parolen wie „Wohlstand für alle“ und tritt angeblich dafür ein, dass „Geringverdiener nicht auf der Strecke bleiben“(10). Allerdings sind die Karten, die auf den Tisch gelegt werden, gezinkt. Denn was die AfD in dem Flyer wohlweislich verschweigt, ist, dass sich die Partei gegen Mindestlöhne positioniert, die Rente mit 63 nach 45 Jahren Berufstätigkeit und die (geringfügigen) Zuschläge bei der Altersrente für Frauen (wg. Kindererziehungszeiten vor 1972) ablehnt. In einem 20-Punkte-Katalog der AfD-internen Strömung „Libertäre Alternative“ wird sogar die vollständige „Abwicklung des staatlichen Rentensystems“(11) propagiert.

Führen wir uns vor Augen: bereits jetzt grassiert die Altersarmut, ist jedes fünfte Kind unter 15 Jahren armutsgefährdet, wächst also unterhalb der Armutsgrenze auf. Knapp die Hälfte dieser 2,1 Mio. Kinder lebt in Hartz-IV-Haushalten. In dieser Situation tritt die AfD dafür ein, eine Steuerpolitik durchzuführen, die dem Staatshaushalt massive Einnahmeverluste beschert und dem sozial

abgehängten Teil der Bevölkerung kaum eine Chance lässt. Die Strategie, die dahinter steht, liest sich bei der „Libertären Alternative“ wie folgt: „ Wir streben auf lange Sicht den reinen Minimalstaat an“. Mit anderen Worten: Steuergelder allenfalls für Polizei, Militär, Justiz und bestimmte Infrastrukturmaßnahmen, ansonsten die „ vollständige Privatisierung aller, auch teilweise im Staatsbesitz befindlichen Unternehmen“ und der Rückzug des Staates aus zentralen Bereichen der sozialen Sicherung und Fürsorge.

Eine derartig strukturierte Gesellschaft wird massive soziale Spannungen und Konflikte hervorrufen. Aber auch dafür hat die „Libertäre Alternative“ eine Lösung : „ Wir fordern ein liberales Waffenrecht. Jeder volljährige Bürger sollte in der Lage sein, Waffen käuflich zu erwerben“.

Ralf Beduhn

- (1) Vgl. die Umfrageergebnisse bei www.yougov.de/news/2016/02/09/schiessbefehl-und-verfassungstreue-der-afd-informa/
- (2) So die zweifellos zutreffende Wertung von David Begrich vom Verein „Miteinander“ in Magdeburg. Z.n. taz, 27.02.2016.
- (3) Ulrike Herrmann: Parallelwelt der Reichen. taz, 16.01.2016. In der Studie wurden keine Haushalte befragt, die über ein monatliches Nettoeinkommen von mehr als 18.000 Euro verfügen.
- (4) Da keine Vermögenssteuer erhoben wird, gibt es nur ungenaue Schätzungen.
- (5) www.lobbypedia.de/wiki/Paul_Kirchhof
- (6) Rudolf Hickel: Kirchhofs konservativ-neoliberales Steuereinkommens. www.memo.uni-bremen.de/docs/m3205.pdf
- (7) z.n. www.lobbypedia, ebd.
- (8) Vgl. S. Bach/M. Beznoska/A.Thiemann: Aufkommen und Verteilungswirkung einer Wiedereinführung der Vermögenssteuer in Deutschland. WISO-Diskurs 2/2016. Aktuell geht man bei einer Wiedereinführung der Vermögenssteuer von Einnahmen von bis zu 20 Mrd. Euro aus, die den Ländern zugute kommen würden.
- (9) Weidel: Reform der Erbschaftssteuer- Eine historische Chance für eine Abschaffung. www.alternativefuer.de/2016/02/16/weidel
- (10) Herbstoffensive 2015. Zeit, die Karten auf den Tisch zu legen. AfD KV Nienburg-Schaumburg
- (11) Dieses und nachfolgende Zitate abgedruckt unter www.andreaskemper.wordpress.com/2016/01/06